

Hochschule lädt ein

KANTON red. Die Hochschule Luzern - Design & Kunst lädt die Öffentlichkeit heute und morgen ein, ihre Werkstätten zu besuchen. Sie stellt dabei ihre Studienrichtungen vor und zeigt den Besuchern ver-

HEUTE

schiedene Ausstellungen. Die Info-Tage finden heute von 11 bis 19 Uhr sowie morgen Samstag von 10 bis 16 Uhr statt. Weitere Informationen finden Sie unter www.hslu.ch

NACHRICHTEN

Unfall nach Überholmanöver

BUCHS red. auf der Autobahn A 2 hat sich am Sonntagabend kurz vor 19 Uhr zwischen Sursee und Dagmersellen ein Unfall zwischen zwei Autos ereignet. Vor der Kollision sollen diverse Überholmanöver zwischen einem weissen BMW und einem grauen Seat stattgefunden haben, wie die Luzerner Polizei gestern mitteilte. Bei der Kollision wurde ein Lenker leicht verletzt. An beiden Autos entstand ein Sachschaden in Höhe von 12 000 Franken. Der Unfallhergang wird nun untersucht. Die Polizei sucht Zeugen, welche Angaben zum Unfallhergang machen können. Sie werden gebeten, sich unter der Nummer 041 248 81 17 zu melden.

Waldschäden werden behoben

MARBACH red. Die starken Niederschläge vom vergangenen Juli haben im Gebiet Schangnau-Marbach in den Schutzwäldern an der Südwestflanke der Schratzenflue zu grossen Schäden geführt. Die 23 betroffenen Waldeigentümer haben sich auf eine gemeinsame Schadensbehebung geeinigt, wie der Kanton Luzern mitteilt. Die Waldschutzmassnahmen kosten rund 300 000 Franken. Wenn der erwartete Holzerlös abgezogen wird, verbleiben noch Kosten von rund 150 000 Franken. Die Kosten übernehmen der Bund und die beiden Kantone Luzern und Bern.

160 neue Asylplätze gefunden



Die Willisauer Stadtpräsidentin Erna Bieri und Stadtrat Pius Oggier in der Zivilschutzanlage Bisangmatte in Willisau, wo ab dem kommenden März 60 Asylsuchende aufgenommen werden. Bild Eveline Beerkircher

ASYL Drei Gemeinden werden im nächsten Frühjahr in Zivilschutzanlagen 160 Asylbewerber aufnehmen. Regierungsrat Guido Graf freut sich über die Solidarität, bleibt aber angespannt.

STEPHAN SANTSCHI
stephan.santschi@luzernerzeitung.ch

«Wir können etwas durchatmen.» Guido Graf, Vorsteher des Luzerner Gesundheits- und Sozialdepartements, zeigte sich gestern über die neuen Lösungen zufrieden. In Dagmersellen (Januar), Luzern (Eichhof-Areal, Februar) und Willisau (März) werden 2015 drei Zivilschutzanlagen für jeweils ein Jahr ihre Türen für Asylsuchende öffnen. Geschaffen werden so insgesamt 160 neue Plätze für Männer, die in einer ersten Phase in den kantonalen Asylzentren Sonnenhof in Emmenbrücke oder im Hirschpark Luzern untergebracht waren.

Die Betriebskosten und die wirtschaftliche Sozialhilfe gehen zu Lasten des Kantons, die Betreuung übernimmt die Caritas Luzern. An allen drei Orten werden zudem Begleitgruppen mit Vertretern von Kanton, Gemeinde, Polizei,

Zivilschutz, Caritas und der Nachbarschaft eingerichtet. Diese werden sich regelmässig zu Situationsanalysen treffen. Im ersten Betriebsmonat werden private Sicherheitsdienste Kontrollgänge durchführen. Angehörige des Zivilschutzes werden sogar während dreier Monate rund um die Uhr im Einsatz stehen. «Unsere Leute werden mit Rundgängen Präsenz markieren und in der Anlage das Ein- und Ausgangsjournal führen», erklärt Kurt Huser, Leiter Zivilschutz.

Ängste in Willisau

Den grössten Anteil übernimmt Willisau. Ab März 2015 werden in der Zivilschutzanlage Bisangmatte 60 Asylsuchende untergebracht. Das sind mehr als doppelt so viele wie die 26, die man laut dem kantonalen Verteilungsschlüssel aufnehmen müsste. Dank Willisau können auch neun umliegenden Gemeinden ihre Zuweisungsquote

erfüllen. «Wir machen das aus Solidarität», erklärt Willisaus Stadtpräsidentin Erna Bieri. Im Feuerwehrmagazin, das über der unterirdischen Zivilschutzanlage steht, wird ein Theorieraum in einen Aufenthaltsraum umfunktioniert. Für die städtischen Musikgruppen, die ihn als Übungslokal nutzen, gibt es neue Lösungen.

Die Anwohner sind informiert, am 1. Dezember wird wieder orientiert (siehe Kasten). «Wir spüren Ängste und Unsicherheit, die wir ernst nehmen», gibt Bieri zu. Wichtig sei die Gründung einer Begleitgruppe und die Tatsache, dass immer jemand von der Caritas und vom Zivilschutz vor Ort sei. Sensible Zonen, Gebiete also, welche die Asylsuchenden nicht betreten dürfen, habe man keine definiert. «Wir können später bei Bedarf immer noch reagieren. Wir sind dank unseren Erfahrungen aber zuversichtlich», sagt Bieri mit Verweis auf die 50 Ausländer mit Aufenthaltserlaubigungen B und F, die bereits in Willisauer Privatwohnungen untergebracht sind.

«Wir brauchen massiv mehr Plätze.»

GUIDO GRAF, GESUNDHEITS- UND SOZIALDIREKTOR

Volk wird informiert

VERANSTALTUNGEN ss. Die drei Gemeinden, welche im nächsten Frühjahr insgesamt 160 Asylsuchende in Zivilschutzanlagen aufnehmen, informieren ihre Bevölkerung wie folgt.

- **Willisau:** Einwohnergemeindeversammlung (1. 12., 20 Uhr, Festhalle).
- **Luzern:** Infoveranstaltung für Anwohner/Anstösser (4. 12., 19.30 Uhr, Betagtenzentrum Eichhof).
- **Dagmersellen:** Infoveranstaltung (9. 12., 20 Uhr, Pfarrei- und Gemeindezentrum Arche).

Bereits am 6. Januar kann die Zivilschutzanlage Werkhof in Dagmersellen bezogen werden. Ebenso wie in der Stadtluzerner Zivilschutzanlage Eichhof-Areal, die im Februar geöffnet wird, werden in Dagmersellen 50 Asylsuchende leben. «Für uns ist das eine Premiere. Seit den Kriegsjahren, als hier 250 Internierte aus Italien untergebracht waren, hatten wir keine vergleichbare Situation mehr», erzählt Gemeindepräsident Philipp Bucher. Es gebe daher durchaus auch kritische Stimmen.

Dagmersellen: Schule sensible Zone

Die Schulanlagen in Dagmersellen, Uffikon und Buchs haben man als sensible Zonen definiert. Die Erfahrungswerte mit der Unterbringung von Asylsuchenden in anderen Gemeinden sorgten jedoch für eine gewisse Ruhe. «Wenn wir den Fremden ein Gesicht geben, sind sie uns nicht mehr so fremd», sagt Bucher. Wie Willisau nimmt auch Dagmersellen mehr Asylsuchende auf, als man müsste. «20 waren Pflicht. Nun sind es 50. Damit entlasten wir nicht die Region. Gemeinden wie Nebikon, die sich schwertun mit einer Lösung, erhalten aber etwas mehr Zeit», so Bucher. Willisau und Dagmersellen müssen nach Ablauf des jeweiligen Jahres in den folgenden drei Jahren keine Asylsuchenden mehr aufnehmen.

Zurücklehnen ist nun nicht angesagt, im Gegenteil. Die Suche nach weiteren Unterkünften geht unter grossem Druck weiter. Noch immer fehlen 150 Plätze, um bis Ende Jahr die überfüllten kantonalen Zentren zu entlasten. «Die Situation bleibt angespannt. Wir brauchen massiv mehr Platz, pro Monat müssen wir weiterhin 60 bis 80 neue Plätze generieren», sagt Graf. Das Bundesamt für Migration rechne 2015 nicht mit einer Entspannung der Flüchtlingslage.

9,5 Millionen für Kantonsstrasse

ETTISWIL ep. Für den Ausbau der Kantonsstrasse in Ettiswil beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat einen Sonderkredit über 9,5 Millionen Franken. Damit soll mehr Sicherheit für Radfahrer und ein zeitgemässer Hochwasser- und ein wirksamer Lärmschutz realisiert werden, wie der Kanton in einer Medienmitteilung schreibt.

Willisauerstrasse wird breiter

Das Projekt im Ettiswiler Dorfzentrum sieht diverse Massnahmen vor: So soll die Kantonsstrasse im Abschnitt Feldmatt-Post-Rüti auf einer Länge von 1400 Metern für die Radfahrer ausgebaut werden. Vorgesehen ist zudem, die beiden Knoten bei den Abzweigungen in Richtung Grosswangen und Sursee mit einem Kreisell zu versehen. Weiter wird die Willisauerstrasse für die Erstellung eines Rad- und Gehweges verbreitert. Zusätzlich dazu entsteht auf der Surseestrasse ein beidseitiger Radstreifen.

Die Brücke über die Rot wird ersetzt und der Dorfbachdurchlass erweitert. Des Weiteren soll im Abschnitt Baumgartenweg-Willisauerstrasse einseitig eine rund 2 bis 2,5 Meter hohe Lärmschutzwand gebaut werden.

Gemäss Bauprogramm 2015-2018 für die Kantonsstrassen ist der Baubeginn für 2016 geplant.

Kloster verkauft sein Ferienhaus

HASLE Weil die Nachfrage nach Ferienplätzen abnimmt, gibt das Kloster sein Ferienhaus auf. Entstehen könnte nun ein Hotel oder eine Klinik.

fi. Für Ferien und Tage der inneren Einkehr zogen sich Ingenbohrer Schwestern in ihr Erholungsheim in Heiligkreuz zurück. Nun will das Kloster die Liegenschaft in neue Hände geben. «Der Bedarf an Ferienplätzen nimmt ab», sagt Provinzoberin Marie-Marthe Schönenberger. «Zudem macht älteren Leuten der steile Aufstieg zum Haus Mühe.» Mit ein Grund für den Verkauf sind anstehende Sanierungen im Ingenbohrer Mutterhaus: «Um die Alters- und Pflegeeinrichtungen anzupassen, brauchen wir die nötigen finanziellen Mittel», sagt die Provinzoberin.

Die Suche nach einem Investor hat die Schwesterngemeinschaft dem neu gegründeten Verein Chance Heiligkreuz übertragen, wie der «Entlebucher Anzeiger» schreibt. Den Verein ins Leben gerufen hat Mark Imhof, Geschäftsleitungsmitglied der GKS Architekten und Partner AG in Luzern, die sich um die

Immobilienstrategie des Klosters kümmert. In Hasle aufgewachsen, verbinden Imhof und das Ferienhaus mehr als nur Geschäftsbeziehungen. Heiligkreuz sei das Herzstück der Region. «Als künftige Nutzung kommt nur ein Projekt in Frage, das den Charakter des Kraftortes aufnimmt.» Bereits in einem Jahr will der Verein eine Lösung präsentieren. Erste Ideen reichen von einem Biosphären-Hotel über eine Ausbildungsstätte bis hin zu einer Rehabilitationsklinik. Für die Planung stehen derzeit 35 000 Franken zur Verfügung, so Imhof. «Wir rechnen uns gute Chancen aus, weitere Gelder zu erhalten.»

Hallenbad inklusive

Derzeit weilen zehn Schwestern im Ferienhaus, das 55 Einzelzimmer sowie eine Grossküche umfasst. Das Hallenbad und ein Therapieraum wurden bis Oktober genutzt. Das Haus ist auf 4,45 Millionen Franken geschätzt. «Das 1972 gebaute Haus ist in einem sehr guten Zustand», sagt Imhof. Das Grundstück ist 35 000 Quadratmeter gross - eine Fläche von viereinhalb Fussballfeldern.

«Der Verkaufentscheid ist uns nicht leicht gefallen», sagt Provinzoberin Marie-Marthe Schönenberger. «Wir setzen den Schlusspunkt hinter eine traditionsreiche Geschichte.»

Bundesgericht pfeift Kantonsgericht zurück

LAUSANNE Die Luzerner Justiz verurteilte einen Mann zu Unrecht wegen Verletzung des Privatbereichs durch Filmen. Dies hat das Bundesgericht entschieden.

upi. Im März 2012 kam es zwischen einem Hausbewohner und drei Nachbarn zu einer verbalen Auseinandersetzung. Dabei soll der Hausbewohner seine Mitbewohner, die sich zu diesem Zeitpunkt auf dem Treppenhof vor ihrer Haustür aufhielten, gegen deren Willen vom Vorplatz des Mehrfamilienhauses aus mit einer Videokamera gefilmt haben.

Bezirksgericht verurteilte Mann

Das Bezirksgericht Luzern verurteilte den Videofilmer wegen Verletzung des Privatbereichs durch ein Aufnahmegerät zu einer bedingten Geldstrafe von fünf Tagessätzen zu 60 Franken sowie zu einer Busse von 100 Franken. Weil das Luzerner Kantonsgericht diese Verurteilung schützte, rief der Filmer darauf das Bundes-

gericht an. Mit vollem Erfolg. Da sich das Geschehen auf dem Vorplatz beziehungsweise auf dem Treppenhof eines Mehrfamilienhauses abspielte, welches von allen Beteiligten gemeinsam bewohnt wurde, kann laut dem Urteil aus Lausanne nicht von einem Privatbereich gesprochen werden.

Keine Verletzung gesehen

Denn keiner der Bewohner besitzt ein ausschliessliches Hausrecht für den von beiden Wohnparteien gleichermaßen genutzten Eingangsbereich. Dementsprechend geniesst im Innenverhältnis zwischen den Hausbewohnern an den genannten Orten niemand den Schutz seiner Privatsphäre. Damit konnte der Verurteilte auch nicht den Privatbereich der gefilmten Nachbarn verletzen. Er muss freigesprochen werden. Der Kanton Luzern muss dem obsiegenden Beschwerdeführer für das Verfahren vor Bundesgericht eine Parteientschädigung von 3000 Franken überweisen.



Bundesgerichtsursprung: Das Urteil finden Sie unter www.luzernerzeitung.ch/bonus